

Kieber und Räte stehen zu Änderungen im Baugebiet

Am Planentwurf für Steinacker/Berg wird festgehalten

VON UNSEREM MITARBEITER
MARIO SCHÖNEBERG

GOTTENHEIM. „Die Argumente sind an den Haaren herbeigezogen, fast schon unverschämt“, machte Bürgermeister Volker Kieber seinem Ärger über ein Schreiben von vier Eigentümern des geplanten Baugebietes Steinacker-Berg bei der jüngsten Gemeinderatssitzung Luft. Die vier Bürger, davon zwei Gemeinderäte, hatten in einem Schreiben die Beschlüsse der Gemeinde, die Erschließungsstraßen auf Anregung des Landratsamtes zu verbreitern und einem erweiterten ökologischen Ausgleich zuzustimmen, kritisiert sowie die Arbeit der beauftragten Planer scharf angegriffen. Überdies stellten sie in Aussicht, den zur Realisierung des Baugebietes notwendigen städtebaulichen Vertrag nicht zu unterschreiben.

„Was mich ganz gewaltig stört, ist das Misstrauen gegen die Fachplaner, die ihre Arbeit zum Teil schon seit Jahrzehnten gut machen“, wurde der Bürgermeister deutlich. So verzögere man nur alles. Zu den kritisierten Kosten erläuterte Kieber, das die Planer auf der sicheren Seite geplant hätten. Im Detail gehe es auch günstiger, doch man wisse im Vorfeld nicht, was die Ausschreibung dann bringe.

„Wir haben viel Konsenssuppe gehabt, mir reicht es jetzt“, sagte Kieber weiter. Andere Gemeinden zögen 37 bis 50 Prozent Fläche bei Neubaugebieten ab. Es gehe bei dem Neubaugebiet nicht nur um die Eigentümer, sondern um alle Bürger, die Gemeinde verdiene im Grunde nichts, erläuterte Kieber. Zuvor schon hatten Stadtplaner Ulrich Ruppel und Grünplaner Wolfgang Losert die vorgenommenen Änderungen am Planentwurf vorgestellt, die entscheidenden Punkte waren schon in der vorangegangenen Sitzung vorgestellt worden. So sollen die Erschließungsstraßen 5,50 statt fünf Meter breit werden, weil es im Baugebiet wenige öffentliche Parkplätze gebe. Andernfalls hätte es überall ein generelles Parkverbot geben müssen. Zudem muss eine Streuobstwiese als ökologischer Ausgleich für verloren gehende Obstbäume angelegt werden. Insgesamt wird das Bau-

gebiet dadurch etwas teurer und die Grundstücke geringfügig kleiner. Doch dies sei weitaus geringer, als die Kosten, die entstehen würden, wenn sich die Realisierung des Baugebietes noch weiter verschieben werde, betonte der mit dem Umlageverfahren beauftragte Vermessungsingenieur Hanspeter Markstein. Schon allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde zu erheblichen Mehrkosten führen, betonte der Ingenieur. Zudem könne er bei einer neuerlichen Einzelanhörung den Zeitplan nicht mehr einhalten, immerhin handle es sich mittlerweile um den 12. Planentwurf.

Schwieriger Ausgleich mit Interessen der Eigentümer

„Wir sehen doch überall im Dorf, dass die Straßen zu eng sind“, betonte Walter Hess (FWG) und fügte hinzu: „Ich habe daher kein Verständnis, warum die Eigentümer unbedingt fünf Meter Straßenbreite wollen. Das wäre eine Gefahr, insbesondere für die Kinder und Fußgänger.“ Ähnlich sah dies auch Birgit Wiloth-Sacherer (SPD). „Ich bin betroffen“, meinte sie, dass auf die Versuche des Bürgermeisters, einen Ausgleich zu finden, solche Rückmeldungen kämen. Das sei auch ein Misstrauen gegen die Verwaltung und die nicht befangenen Gemeinderäte. Dagegen betonte Claudia Faller-Tabori (Frauenliste) dass „wir wieder an einem Punkt sind, wo sich die Eigentümer übergangen fühlen.“ Bürgermeister Kieber entgegnete, es habe sofort nach den Stellungnahmen des Landratsamtes eine Sitzung des Erschließungsbeirates der Eigentümervertretung gegeben. Der Gemeinderat sei auch sofort informiert worden. Es gebe viele Leute, die schnell bauen wollten. „Ich möchte das Projekt nicht stoppen, wir sind nach viel Konsens an einem Punkt angekommen, wo wir es realisieren sollten“, betonte Kieber und setzte noch hinzu, „es hat noch nie ein eigentümergefreundlicheres und transparenteres Bebauungsplanverfahren in der Region gegeben“. Die nicht befangenen Gemeinderäte stimmten den Änderungen im Plan zu. Er wird demnächst den Eigentümern zugestellt und in Offenlage gehen.

Aussichtsplattform auf Trinkwasserbehälter

GOTTENHEIM (ms). Trotz einiger Bedenken entschieden sich die Gemeinderäte einstimmig dafür, auf dem Dach des Trinkwasserhochbehälters im Rebberg eine überdachte Aussichtsplattform zu errichten. Wie genau sie aussehen soll und was für Kosten entstehen prüft nun die Verwaltung im Detail. Bürgermeister Volker Kieber erklärte, der Platz sei ideal, um in die Umgebung zu schauen. Mit einer Plattform könne man für wenig Geld etwas für den Tourismus tun. Gemeinderat Jörg Hunn wäre bereit, die technischen Planungen vorzunehmen und eine Gruppe Ehrenamtlicher beim Bau anzuleiten. Die Gemeinde müsste nur Material bereitstellen. Walter Hess (FWG) gab zu bedenken, dass die Winzer nicht erfreut wären, wenn die Plattform für Feste genutzt würde und dann Müll zurück bleibe.